Andrei S. Markovits: Die große Herausforderung der Berliner Republik

Prof. Dr. Andrei S. Markovits geb. 1948 im westrumänischen Timisoara (Temesvar), Studium von Politikwissenschaft, Geschichte, Ökonomie und Soziologie an der Columbia University in New York, arbeitete u.a. am Center for European Studies an der Harvard University und an der University of California, Santa Cruz. Seit Juli 1999 lehrt Markovits am Department of Germanic Languages and Literatures und am Department of Sociology der University of Michigan in Ann Arbor.

Ohne Zweifel steht 1999 in Sachen weltverändernder Jubiläen und einschneidender politischer Ereignisse in der jüngeren Geschichte Deutschlands und Europas nur 1989 nach: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland; 50 Jahre Grundgesetz; 10 Jahre Fall der Berliner Mauer und damit Ende der 40 Jahre währenden Weltordnung von Yalta; 40 Jahre NATO; die Einführung des Euro als zukünftige Währung eines sich politisch langsam einigenden West- und Südeuropa und natürlich der Umzug von Bonn nach Berlin, womit wir uns nun offiziell in der Ära der Berliner Republik befinden. Dazu kommt noch der Krieg im Kosovo, der immerhin der erste Waffengang der NATO in ihrer vierzigjährigen Geschichte und damit eine Zäsur

in deren Selbstverständnis sowie überdies den blutigsten Waffengang in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges darstellt. All dies geschah unter der ersten rot-grünen Regierung in der Bundesrepublik, die nicht nur die erste vollkommen bundesrepublikanisch geprägte Generation (die der berühmt-berüchtigten „68-er") an die Macht brachte, sondern auch ein Novum in der 50-jährigen Geschichte dieses Landes verkörpert, indem es die erste Regierung ist, die durch die Stimmen der Wähler und nicht durch Koalitionsspiele der politischen Eliten eine andere ablöste.

Viel spricht für die Kontinuität der alten Bonner Republik, ihrer Institutionen und Kultur, im neuen Berliner Gehäuse in einer sich völlig verändernden europäischen Landschaft. Nirgendwo ist dies bedeutender und ersichtlicher als im reibungslosen Transfer der Demokratie, der so selbstverständlich ist, dass ihn eigentlich niemand bemerkt. Wenn man sich deutscher Geschichte erinnert, müsste man diesen Vorgang mit Achtung und Lob bedenken: Demokratie und Deutschland bilden nicht gerade das stabilste Gespann in diesem Jahrhundert. Man kann nicht oft genug betonen, dass es das weitaus größte Verdienst der Bonner Republik war, eben dieses Gespann für Deutsche und die Welt nicht nur zu stabilisieren und zur Selbstverständlichkeit zu machen, sondern dadurch auch Deutschland seiner Umgebung geheuer gemacht zu haben. Dies war bis vor kurzem alles andere als selbstverständlich. So wie die Identität der Bonner Republik letztendlich über das Projekt „Demokratie" erfolgreich bestimmt wurde, steht ein ähnlich identitätsstiftendes Projekt in der Berliner Republik an: das der Macht. Die Weichen werden schon jetzt gestellt, und auch der demokratische Willensbildungsprozess hat bereits begonnen. Niemand kann mit Genauigkeit sagen, wie diese Entwicklung in 50 Jahren aussehen wird, genauso wie 1949 niemand die Voraussage gewagt hätte, dass sich die damals konstituierende Bundesrepublik Deutschland im Laufe eines halben Jahrhunderts zu einer beinahe vorbildhaften Demokratie entwickeln würde. Aber eines steht fest: Die sich anbahnende Machtdebatte wird für die neue Berliner Republik identitätsstiftend sein.

Natürlich obliegt sie bezüglich Identität und Charakteristik, Form und Inhalt gewissen Modeerscheinungen. Mehr noch: Wie bei jedem Wandel greifen Übertreibungen um sich und wuchern Spekulationen. Doch so übertrieben der Kontrast und die Kluft zwischen Bonn und Berlin auch dargestellt wird - es wird sie zweifellos geben, und sie existieren schon jetzt. Die Frage ist nur, wo und wie sie sich manifestieren.

Das Großprojekt „Macht"

Zwar zieht „nur" die Regierung im Laufe des Jahres von Bonn nach Berlin; zwar werden wir „nur" Zeugen eines Ortswechsels und nicht eines Regierungswechsels, geschweige denn eines Wechsels im politischen Regime. Dennoch wird die Veränderung beträchtlich sein, und sie ist all die Tinte wert, die darüber schon verbraucht wurde und noch verbraucht werden wird.

Jede Neuerung im sozialen und politischen Leben führt zum Streit über dessen Formen und Inhalte. Wie wir aus vergleichenden Politikstudien wissen, haben wiederum Form und Inhalt dieser Auseinandersetzung wesentlichen Einfluss auf die spätere Gestalt des Gebildes, das entsteht. Derjenige, der in der ersten Phase der Auseinandersetzung die Oberhand behält, gewinnt einen wichtigen Vorteil, wenn es darum geht, dem Entstehenden Konturen zu verleihen. Ganz sicher ist dieser Prozess weder unwiderruflich noch unumkehrbar, und

vielleicht ist es das lebendigste Anzeichen für eine gesunde Demokratie, dass er niemals beendet ist. Doch die Geschichte lehrt uns, dass die ersten Schritte entscheidend sind.

Ein entscheidender erster Schritt in dem komplexen Projekt „Macht" der Berliner Republik wurde mit dem nahezu diskussionslosen Automatismus getan, mit dem die Bundesrepublik Deutschland an der NATO-Kampagne gegen Serbien zur Wahrung der Menschenrechte der von den Serben gepeinigten Kosovaren teilnahm. Ich kann hier weder die Gründe für das Für und Wider dieses Krieges behandeln, noch die strategischen und taktischen Gesichtspunkte der NATO beleuchten. Vielmehr geht es mir um eine kurze Erörterung dieses qualitativ absolut neuen Schrittes seitens der Deutschen und um eine Einschätzung der innerdeutschen Reaktionen zu diesem Krieg.

Erstens fällt auf, dass in keinem der beteiligten NATO-Länder der Krieg so immanent im Kontext der neueren Geschichte des jeweiligen Landes diskutiert wurde, wie dies in Deutschland der Fall war. An die anderen grausamen jugoslawischen Erbfolgekriege der neunziger Jahre erinnernd, wurde auch der Kosovo-Krieg in Deutschland sowohl von seinen Befürwortern als auch von seinen Gegnern in den Prismen deutscher Geschichte der Naziherrschaft, besonders deren brutaler Präsenz im Balkan, betrachtet und diskutiert. Grob gesprochen instrumentalisierten beide Lager Auschwitz für ihre gegenwärtigen politischen Zwecke: hier die Regierung, angeführt von Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping, die ein deutsches Engagement auf Seiten der NATO damit rechtfertigten, dass es eine besondere Verantwortung der heute Verantwortlichen sei, ein nochmaliges Auschwitz in Europa unter keinen Umständen zuzulassen, auch wenn dies einen Griff zur Waffe auf deutscher Seite voraussetze. Die Kriegsgegner hingegen meinten, dass es als besonderes Vermächtnis von Auschwitz den Deutschen auf ewig untersagt sei, mit militärischen Mitteln politische Probleme zu lösen, besonders in einem Gebiet, wo die Schreckensherrschaft von Deutschen vor einem halben Jahrhundert am schlimmsten wütete. Außerdem plädierten viele Kriegsgegner für die Singularität von Auschwitz und beschuldigten die Befürworter des Krieges einer unzulässigen Relativierung dieses einzigartigen Verbrechens. Wie immer man die Inhalte der beiden Positionen beurteilen mag, muss man zugestehen, dass aus dem anfänglichen Schweigen zu diesem Krieg in seinem Verlauf eine demokratisch wichtige Auseinandersetzung in der deutschen Öffentlichkeit wurde - trotz solch bedenklicher und geschmackloser Vorfälle wie dem Bewerfen des Außenministers mit einem Farbbeutel durch Kriegsgegner während des Sonderparteitages der Grünen am 13. Mai 1999.

Die Diskussion um Deutschlands Macht und deren adäquate Projektion in den verschiedensten internationalen Foren und Zusammenhängen geht Hand in Hand mit einem Prozess, den man in Deutschland bezeichnenderweise „Normalisierung" nennt. Allein, dass dieser Begriff einigermaßen gängig ist, besagt bereits, dass Deutschland in seiner Bonner Inkarnation nicht „normal" war, es das nun in seiner Berliner Version gerne werden möchte. Schon dieses Faktum allein beweist, dass die Berliner Republik sich qualitativ anders verstehen will, als es die Bonner Republik tat. Bonn - und natürlich Pankow - wird durch dieses Normalisierungsbestreben zu einem „Sonderfall", wenn auch hoffentlich noch nicht zum neuerlichen „Sonderweg". Mit der deutschen Einigung entfiel das vielleicht bedeutendste Hindernis zu einer Normalisierung Deutschlands. Die beiden anderen noch existierenden sind das bereits angesprochene korrekte Einpegeln deutscher Macht und - eng mit diesem Topos korrelierend - die Bewältigung der Nazivergangenheit. Wenn es diese komplexen Themenbereiche in Deutschland nicht gäbe, würden sich die Deutschen genauso „normal" fühlen wie Briten, Franzosen, Italiener und Spanier. Genau das ist die langfristige Zielsetzung der Berliner

Republik und der explizit geäußerte Regierungswunsch Gerhard Schröders. Somit hat bereits die erste in der Berliner Republik agierende Regierung ihre kurzzeitigen Präferenzen mit den langfristigen normativen Strategien dieser Republik in Einklang gebracht.

Es bleibt die Frage: Was wäre an einem seiner Macht stets bewussten und demgemäß agierenden Deutschland auszusetzen? Es würde sich doch weiterhin um ein demokratisches Deutschland handeln, welches institutionell völlig im Gefüge der sich ebenfalls neu konstituierenden „Brüsseler Republik" verbleiben und seine durch die Bonner Republik tief verwurzelten westlichen Werte nicht aufgeben würde. Wie nie in seiner Geschichte wird Deutschland heute ausschließlich von ihm freundlich gesinnten Staaten, durchweg sogar militärischen Verbündeten, umgeben, daher besteht bezüglich eines sich expansiv verhaltenden Deutschlands keinerlei Gefahr. Natürlich handelt es sich bei dieser Beschreibung des Tatbestandes auch bei einem Optimisten wie mir zumindest ein wenig um ein „whistling in the dark", also um einen Zustand, bei dem man sich durch das Pfeifen die irrationalen Ängste vor der Dunkelheit nehmen will. Aber könnte es wirkliche Gefahren geben?

Niemand weiß darauf heute schon die richtige Antwort. Man könnte sich sehr wohl Szenarien ausmalen, in denen sich die neu konstituierende deutsche Macht nicht so harmlos erweisen würde, wie es die Interpretation der derzeitigen Lage nahelegt. Denn der wichtigste Faktor, der die positive und sich aussöhnende Machtbalance innerhalb Westeuropas in den letzten 50 Jahren garantierte, wird mit Sicherheit in den kommenden 50 Jahren um einiges schwächer werden, wenn auch nicht ganz verschwinden: die Präsenz der Vereinigten Staaten als europäische Macht, ohne die keine der Normalisierungsetappen deutscher Politik auch nur annähernd gelungen wäre. Aber so ist es eben in der Geschichte: Die Schöpfung wird gelegentlich ein ebenbürtiger Partner, vielleicht sogar ein gefährlicher Konkurrent des Schöpfers. Die Vereinigten Staaten von Amerika, eine europäische Schöpfung, haben bei drei Gelegenheiten im 20. Jahrhundert in Europa militärisch interveniert, und nach der zweiten Intervention sogar beschlossen, aus dem Fehler des frühzeitigen Rückzuges nach der ersten die richtigen Konsequenzen zu ziehen, indem sie in Europa blieben, um ihren ehemaligen Schöpfern Demokratie und Wohlstand zu sichern. Dies geschah vor allem, weil die Präsenz der Amerikaner es den Europäern - zumindest denen im Westen des Kontinents - möglich machte, sich der Jahrhunderte langen Feindseligkeiten und des gegenseitigen Misstrauens endlich zu entledigen. Inzwischen wird das durch Amerika gestärkte Europa allmählich stark genug, um sich Amerika als ein ebenbürtiger Partner, womöglich auch als Gegner, zu stellen. Dies betrifft nicht den globalen Rahmen, aber den des europäischen Raumes. Es besteht nämlich kein Zweifel, dass sich Europa langsam zu einem regionalen Hegemon entwickelt. Wirtschaftlich war es dies schon lange, politisch ist es auf dem besten Wege dahin, und der Kosovo-Krieg war Europas „coming out party" als eine sich noch in den Kinderschuhen befindende, aber bereits klar zu erkennende militärische Macht. Vieles spricht für diese Entwicklung, z.B. die Bereitwilligkeit Großbritanniens und Frankreichs, endlich eine gemeinsame militärische Kooperation ernsthaft zu erwägen. Dazu bedurfte es wichtiger Konzessionen beider Länder, die noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen wären: Auf britischer Seite setzt diese Kooperation eine zwar zeitlich begrenzte, dennoch deutliche Abkoppelung von den Vereinigten Staaten voraus. Im Gegenzug verpflichtet sich Frankreich, eine konstruktivere Rolle als in den letzten drei Jahrzehnten innerhalb der NATO einzunehmen. Wenn man außerdem Italiens zentrale Position als Hauptstützpunkt der NATO-Luftflotte während des Kosovo-Krieges und die erstmalige Beteiligung Deutschlands an einer militärischen NATO-Aktion „out of area" damit im Zusammenhang betrachtet, nimmt die neue in Washington im April 1999 verkündete NATO-Doktrin des „separate but

not separable“ bereits konkrete Formen an: sich (noch) nicht von den Vereinigten Staaten zu trennen, aber auch ohne sie, wenn nötig und in Europas Interesse, zu militärischen Aktionen bereit zu sein. Der Kosovo-Krieg hat zum ersten Mal in der neueren Geschichte mehr als ein Dutzend europäischer Staaten wider Erwarten und ohne allzu großen internen Auseinandersetzungen wochenlang in einem militärischen Kampf vereint. Natürlich geschah dies immer noch unter der Schirmherrschaft der USA. Aber, wie so oft in der Geschichte von Staatsbildungen, wird zum ersten Mal eine gemeinsame Identität in Kampfhandlungen gebildet. Dies scheint im Falle der europäischen Staatsbildung auch nicht anders zu verlaufen. Der Krieg verhalf den Europäern dazu, ihre Identität auch gegen die Vereinigten Staaten zu vertiefen, und zwar auch auf der wichtigen Ebene der militärischen Fähigkeit. Im Laufe des Krieges wurde den Europäern bewusst, wie sehr sie in diesem Bereich noch immer von den Amerikanern abhängen und welche Schritte sie in Zukunft unternehmen müssen, um diese Abhängigkeit zu mildern, wenn auch nicht ganz aufzulösen: „separable but not separate“ eben. Als Europas wichtigster Staat nimmt Deutschland eine absolut zentrale Rolle in dieser Entwicklung politischer wie militärischer Identitätsbildung Europas ein. Bei der Bildung jeder Identität braucht man selbstverständlich zur Beförderung dieses komplizierten Prozesses stets eine Gegen- oder auch Anti-Identität, etwas, was man eben nicht ist. Und eine der ganz wenigen offensichtlichen Gemeinsamkeiten aller Europäer besteht nun einmal darin, dass sie Nicht-Amerikaner sind. Es ist daher ziemlich klar, dass in den nächsten Jahren der europäischen Selbstfindung der Anti-Amerikanismus eine wohl entscheidende identitätsbildende Rolle spielen wird. Der europäische Anti-Amerikanismus entstand 1776, dem Gründungsjahr der Vereinigten Staaten. Er hat also eine lange Geschichte mit den bei derartigen Phänomenen üblichen Ebben und Fluten. In dem halben Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg spielte er eine politisch eher untergeordnete Rolle, da die Vereinigten Staaten und Westeuropa einen gemeinsamen Feind in der kommunistischen Sowjetunion und deren Verbündeten hatten. Mit dem Verschwinden beider ist der Kitt, der die USA und Europa zusammenhielt, weg. Lange übertünchte Rivalitäten und objektive Gegensätze kommen nun zum Vorschein und werden durch den Prozess der politischen und militärischen Mündigkeit Europas verschärft. Somit wird der Anti-Amerikanismus im Diskurs der politischen Klassen Europas mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit wachsen und sich größerer Salonfähigkeit erfreuen als bisher. Das wird auch in Deutschland kaum anders sein.

Dies sind Zusammenhänge, denen sich die Berliner Republik nicht wird entziehen können. Das anstehende Großprojekt „Macht“ impliziert eine Auseinandersetzung mit Fragen der deutschen Vergangenheit, der neuen Identität Deutschlands in einem sich einenden Europa, und einer Neubestimmung des bisherigen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten. Wenn man auf den parallelen Zeitpunkt des Projektes „Demokratie“ der Bonner Republik blickt, so waren die Erwartungen und Prognosen zu dessen Anfang bestenfalls gemischt. Niemand hätte damals der Bundesrepublik Deutschland eine so wohl funktionierende und solide Demokratie, wie sie sich in fünfzig Jahren entwickelt hat, prophezeit. Ob diese Erfolgsstory sich im Projekt „Macht“ der Berliner Republik wiederholen wird, weiß niemand mit Gewissheit zu sagen.